

## **Strafsteuer für Braunkohlekraftwerke: Die Ministerpräsidentin muss endlich Farbe bekennen**

Wir wollen, dass die Energiewende ein Erfolg wird. Dazu muss dieser langfristige Prozess klug umgesetzt werden. Wir haben uns in der Großen Koalition auf einen ambitionierten Ausbau bei den Erneuerbaren Energien verständigt und sind auf einem guten Weg. Klar ist aber: Nordrhein-Westfalen und Deutschland werden noch lange Zeit auf konventionelle Energieträger angewiesen sein. Die Braunkohle ist dafür eine heimische, also importunabhängige Ressource, die zudem subventionsfrei ist. Wir werden sie in den nächsten Jahrzehnten brauchen. Das wissen alle, die sich ehrlich mit dem Thema auseinandersetzen.

Die Braunkohle ist eine wichtige Säule im Blick auf die Versorgungssicherheit für Unternehmen und Privathaushalte. Sie sichert zehntausenden Familien im rheinischen Braunkohlerevier ein gutes Einkommen und Perspektiven. Die CDU kämpft daher geschlossen gegen die Pläne des SPD-Parteichefs für eine Strafsteuer auf Kohlekraftwerke – vom ersten Tag des Bekanntwerdens an, im Einklang mit Gewerkschaften und Unternehmen, mit einer deutlichen Botschaft Richtung Berlin.

Der Eiertanz der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist hingegen ein einziges Trauerspiel. Bei Rot-Grün weiß die eine Hand nicht was die andere tut. Verkehrsminister Groschek protestiert mit 15.000 Demonstranten gegen den Kohleausstieg. Zeitgleich, nur 9 Kilometer entfernt, nimmt die stellvertretende Ministerpräsidentin Löhrmann an einer Menschenkette für den Kohleausstieg teil. In den Tagen darauf geben Wirtschafts- und Umweltminister parallel Interviews mit diametral entgegengesetzten Botschaften. Und die Ministerpräsidentin teilt derweil mit, dass sie sich zwar um Strukturbrüche Sorge, das Klimainstrument aber nicht grundsätzlich in Frage stelle.

Dieser Eiertanz der Landesregierung muss endlich ein Ende haben. Die Menschen und die Energieunternehmen brauchen Planungssicherheit. Die Ministerpräsidentin muss endlich Farbe bekennen. Sie ist nicht die Moderatorin einer Talkshow, sondern die Regierungschefin des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

### **Pressestelle**

<b>Axel Bäumer</b>	- Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 71	<a href="mailto:axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de">axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de</a>
<b>Nils Sönksen</b>	- Pressereferent	Tel: (0211) 884-2018	Mobil (0151) 1 884 10 90	<a href="mailto:nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de">nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de</a>
<b>Teresa Leson</b>	- Sekretariat/Internet	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 83	<a href="mailto:teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de">teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de</a>

## **Jagdgesetz durchgepeitscht: Symbol für die alte Arroganz der Macht**

Nach zweiter Lesung im Plenum wurde das umstrittene sogenannte „Ökologische Landesjagdgesetz“ von der rot-grünen Regierungskoalition verabschiedet. Mehrfach hat Minister Rimmel erklärt, beim Jagdgesetz gehe Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Noch im Juni letzten Jahres hat er im Ausschuss versprochen, es werde auf jeden Fall ausreichend Zeit zur Diskussion geben. In den letzten Monaten war davon nichts zu spüren. Rot-Grün hat Termine mit ihrer Regierungsmehrheit durchgepeitscht und sich einer inhaltlichen und fachlichen Debatte im Ausschuss verweigert. Stattdessen informiert Rimmel lieber die Presse als die zuständigen Abgeordneten. Wieder einmal haben die Grünen die SPD am Nasenring durch den Landtag gezogen. Die rot-grüne Arroganz der Macht ist wieder zurück.

Die CDU-Landtagsfraktion hat, basierend auf Praxiswissen und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, einen eigenen Änderungsantrag mit 86 Einzeländerungen vorgelegt. Wir haben damit gezeigt, wie ein modernes, an Naturschutz orientiertes Gesetz aussehen kann. Die Kollegen der SPD haben hingegen auf unzähligen Veranstaltungen den Betroffenen zwar erhebliche Nachbesserungen versprochen, doch davon ist im fertigen Gesetz nichts übrig geblieben. Für die wenigen marginalen Änderungen haben die 15.000 Jäger, Landwirte, Waldbesitzer und Naturschützer nicht vor dem Landtag demonstriert. Bis zuletzt haben es SPD und Grüne nicht verstanden, dass es bei der Jagd nicht allein um das Schießen von Tieren geht, sondern auch die Hege und Pflege zu den Grundsätzen der Jägerschaft gehören. Dieses ehrenamtliche Engagement der Jägerschaft begrüßt die CDU-Landtagsfraktion und unterstützt auch weiterhin die Anliegen der Menschen im ländlichen Raum.

## **RVR-Gesetz verabschiedet: Nordrhein-Westfalen braucht starke Regionen**

In den zurückliegenden intensiven Beratungen zum RVR-Gesetz haben wir uns intensiv mit den kritischen Betrachtungen aus den verschiedenen Regionen Nordrhein-Westfalens auseinandergesetzt und in die Beratungen eingebracht. Durch die sachliche Auseinandersetzung konnten wir wesentliche Verbesserungen für den RVR und für alle anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen erreichen.

Durch das nun beschlossene RVR-Gesetz wird es dem Ruhrgebiet leichter gemacht, sich seiner besonderen Struktur entsprechend zu organisieren. Damit verbinden sich seitens des Landtags auch Erwartungen an die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet, die Möglichkeiten zur stärkeren Zusammenarbeit auch zu nutzen. In den monatelangen, intensiven Beratungen zum RVR-Gesetz ist es der CDU-Fraktion gelungen, wichtige Anliegen durchzusetzen, um die Akzeptanz des Gesetzes zu erhöhen: So bleibt es – entgegen dem ursprünglichen Gesetzentwurf – bei der Möglichkeit der Kündigung der

Mitgliedschaft im RVR, wobei die Kündigungsfrist positiv verlängert wurde. Zudem wurde der Aufgabenkatalog des RVR abschließend geregelt.

Wichtigster Erfolg ist es aber, dass eine Chancengleichheit aller Regionen gewahrt bleibt. Nicht nur das Ruhrgebiet als Region in Nordrhein-Westfalen mit besonderen Strukturen erhält Entwicklungschancen und gesetzliche Möglichkeiten regional stark zusammenzuarbeiten, sondern alle Regionen in Nordrhein-Westfalen sollen zukünftig die Möglichkeit erhalten, durch stärkere regionale Zusammenarbeit Potentiale und Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit intensiver zu nutzen.

## **Spekulative Zinswetten schleunigst verbieten**

Die Stadt Ennepetal klagt gegen die Nachfolgegesellschaft der inzwischen aufgelösten WestLB. Aus Sicht der Stadt wurde sie bei riskanten Zinswetten (den sogenannten Zins-Swap-Geschäften) falsch von der damaligen Landesbank beraten. Die Klage der Kommune Ennepetal am Rande des Ruhrgebiets wegen riskanter Zinswetten muss nun neu aufgerollt werden. Das zeichnete sich am Dienstag beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe ab.

Zinswetten sind für viele Städte und Gemeinden zu einem großen finanziellen Problem geworden. Etliche Kommunen erlitten dabei hohe Verluste, wobei sie eigentlich mit den Spekulationen ihre Schuldenberge abbauen wollten. In Nordrhein-Westfalen sollen mindestens 50 Kommunen durch solche Zins-Swap-Geschäfte betroffen sein.

Die Fälle der Verluste durch Zinswetten zeigen, dass ein Spekulationsverbot dringend notwendig ist. Um zukünftig die Kommunen vor riskanten Finanzdeals zu schützen, hat die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der kommunale Spekulationen verbietet. Das Land ist in der Pflicht, das Geld der Bürger und die Kommunen vor unkalkulierbaren Risiken zu schützen.

## **Nordrhein-Westfalen gehört zu den Gewinnern des Abkommens**

Arndt Kirchhoff, der Präsident des Verbandes der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen (METALL NRW) sowie Vizepräsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw), war zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion. Er hat mit den Abgeordneten über die Auswirkungen des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) und die damit verbundenen Chancen für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen diskutiert.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Armin Laschet, erklärte, dass sich die CDU für das Freihandelsabkommen einsetze, weil es besondere Chancen für das Industrie- und Exportland Nordrhein-Westfalen biete. „Schon die Einführung des

Europäischen Binnenmarktes hat gezeigt, dass Deutschland und Nordrhein-Westfalen offene und gemeinsame Märkte immens nutzen. Durch das Freihandelsabkommen wird dieses erfolgreiche Modell auf den transatlantischen Raum ausgedehnt“, so Laschet. Im Rahmen seiner anstehenden Reise in die Vereinigten Staaten werde er auf die für die Bürger und Unternehmen sensiblen Fragen hinweisen. „Gleichzeitig müssen wir auch hier in Deutschland die öffentliche Debatte vorantreiben. Es steht viel auf dem Spiel: Der Ausgang dieser Verhandlungen ist auch ein Zeichen dafür, ob Deutschland, Europa und die USA überhaupt noch partnerschafts- und bündnisfähig sind.“

Arndt Kirchhoff erläuterte, dass das Freihandelsabkommen durch den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen in Nordrhein-Westfalen führen werde. „Wir könnten bei der Entwicklung und Zulassung von Produkten bis zu 25 Prozent der Kosten einsparen, wenn die gleichen Standards gelten. Dieses Geld könnten wir in die Forschung investieren, wovon letztlich alle profitieren: Kunden, Arbeitnehmer, Unternehmen und die öffentliche Hand.“

## **Die Einheits-Polizei-Strategie von SPD und Grünen ist gescheitert**

Unter den bundesdeutschen Flächenländern belegt Nordrhein-Westfalen bei der Kriminalitätsbekämpfung regelmäßig den letzten Tabellenplatz. Diese desolante Bilanz ist Folge einer Einheits-Polizei-Strategie von SPD und Grünen. Alle Fachleute und Polizeigewerkschaften kritisieren unisono die alarmierend schlechte Aufklärungsquote. Deshalb hat die CDU-Fraktion heute einen Antrag zur Verbesserung der Polizeiausbildung in den Landtag eingebracht. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer wollen wir angehenden Kommissarinnen und Kommissaren ermöglichen, sich bereits während ihrer Ausbildung gezielt zu spezialisieren. Das erreichen wir dadurch, dass die Polizei-Studierenden sich nach einem gemeinsamen Grundstudium entscheiden können, ob sie das Hauptstudium mit dem Schwerpunkt „Kriminalpolizei“ oder „Schutzpolizei/Wachdienst“ absolvieren. Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt die Tatsache, dass die nordrhein-westfälische Kriminalpolizei bis 2022 pensionsbedingt annähernd 50 Prozent seiner Ermittlerinnen und Ermittler verlieren wird. In Zahlen sind das 4.000 Kriminalbeamtinnen und -beamte.

Aktuell ist es so, dass in der Polizeiausbildung in Nordrhein-Westfalen faktisch nur rudimentäre Grundkenntnisse der Kriminalitätsbekämpfung vermittelt werden. Jeder zehnte Kriminalpolizist hat heute keine Spezialausbildung und der Nachwuchs für die Kripo ist oft über 40 Jahre alt. Mit nur gut einem Viertel der Ausbildungsstunden und einem nur vierwöchigen Praktikum in einer Kriminaldirektion kann man keine einsatzfähigen Ermittler ausbilden. Die Landesregierung sollte sich konstruktiv in die Beratungen im Innenausschuss einbringen und die vorgetragene Expertenmeinung ernst nehmen.

## **Flüchtlingsdramen: Aus Trauer und Entsetzen muss konkretes politisches Handeln werden**

Angesichts des jüngsten Flüchtlingsdramas auf dem Mittelmeer muss die europäische Gemeinschaft mehr für die Rettung von Flüchtlingen auf hoher See tun. Die Beschlüsse von Luxemburg weisen in die richtige Richtung, reichen aber nicht aus. Teil einer europäischen Flüchtlingsstrategie muss auch ein Verteilmechanismus sein, der alle EU-Mitgliedstaaten einbezieht.

Auch die Landesregierung muss tätig werden und ihre Flüchtlingspolitik überprüfen. Die Kommunen brauchen mehr Hilfe, die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen erfolgreich betreiben zu können. Auch die Eine-Welt-Arbeit des Landes ist gefragt: die Bekämpfung von Fluchtursachen muss eine neue Säule der Entwicklungsarbeit des Landes werden. Aus Trauer und Entsetzen über das jüngste Schiffsunglück muss konkretes politisches Handeln werden - auf europäischer, nationaler und Landesebene. Nur mit dem Finger auf Brüssel zu zeigen, reicht nicht aus.

## **Rot-Grün verschläft den digitalen Wandel in Nordrhein-Westfalen**

Die Landesregierung verschläft den digitalen Wandel. Der Branchenverband Bitkom und das Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation gehen von einem jährlichen zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozentpunkten durch die zunehmende Digitalisierung unserer Wirtschaft aus. Wachstum, das Nordrhein-Westfalen dringend braucht: Seit 1991 wächst unsere Wirtschaft unterdurchschnittlich. Um das zu ändern, brauchen wir eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur. In den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens, in den Regionen, in denen unsere mittelständischen Weltmarktführer zu Hause sind, sind erst 40 Prozent der Haushalte ans schnelle Netz angeschlossen. Wir brauchen ein attraktives Förderprogramm zum Anschluss von Gewerbebetrieben an die schnelle Datenautobahn. Ein solches Programm hat Minister Duin vor einem Jahr angekündigt – geliefert hat er bisher nicht.

Wenn die Digitalisierung ein Erfolgsmodell in Nordrhein-Westfalen werden soll, muss unser Land StartUp-Land Nr. 1 werden. Davon sind wir aber noch weit entfernt. 40 Prozent aller StartUp-Unternehmen haben ihren Sitz in Berlin. In Nordrhein-Westfalen sitzt noch nicht mal jedes zehnte. Wir müssen den Menschen in unserem Land gerade im Angesicht des digitalen Strukturwandels Mut zu einer Unternehmensgründung machen. Neben einer guten Infrastruktur und Breitbandversorgung müssen wir geeignete finanzielle und steuerliche Rahmenbedingungen schaffen und StartUps mehr privates Risikokapital zur Verfügung stellen. Leider hat Rot-Grün eine entsprechende Initiative der CDU-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche abgelehnt.

## **Vorratsdatenspeicherung: Landesregierung fährt weiter Zickzack-Kurs**

Die rot-grüne Landesregierung hat beim Thema Vorratsdatenspeicherung in den vergangenen Monaten einen peinlichen Zickzackkurs hingelegt. Als das Bundesjustizministerium noch von der FDP geführt wurde, ließ Innenminister Jäger keine Gelegenheit aus, um die Bundesregierung lautstark zur Wiedereinführung dieses Ermittlungsinstruments aufzufordern. Als sein Parteigenosse Heiko Maas Bundesjustizminister wurde, verstummten Jägers Forderungen urplötzlich. Als der Landtag sich Ende Januar 2015 zuletzt mit der Thematik befasst hat, verpasste Ministerpräsidentin Kraft ihrem Innenminister kurzerhand einen Maulkorb und schickte mit Justizminister Kutschaty einen erklärten Gegner der Vorratsdatenspeicherung ans Rednerpult.

Nachdem auch Bundesjustizminister Maas nun endlich erkannt hat, dass die Vorratsdatenspeicherung ein unverzichtbares Ermittlungswerkzeug zur Bekämpfung der Kinderpornografie und anderer schwerer Straftaten ist, reichte Frau Kraft den Maulkorb an ihren Justizminister weiter. In der heutigen Debatte durfte wieder Minister Jäger das Wort ergreifen und die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung im Namen der Landesregierung begrüßen. Es ist gut, dass dieses unwürdige Possenspiel ein Ende hat. Nach dem Einlenken der SPD auf Bundesebene wird die langjährige Forderung von CDU und CSU nach einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung nun endlich umgesetzt – und Ministerpräsidentin Kraft hat zwei Kabinettsmitglieder beschädigt.

## **Kitaschließungen verhindern – Trägervielfalt bewahren**

Die CDU hat einen Antrag zum Thema „Kitaschließungen verhindern – Trägervielfalt bewahren“ eingebracht. In vielen Regionen des Landes signalisieren kirchliche Träger, dass sie Kinderbetreuungseinrichtungen aufgrund der steigenden Personalkosten aufgeben müssen. Damit verbunden ist die Gefahr, dass gute Strukturen unserer pluralen Betreuungslandschaft schmaler werden - zulasten des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern. Die CDU setzt sich für eine umgehende Evaluierung der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen und für eine Erhöhung der jährlichen Steigung der Kindpauschalen ein. Drohende Kitaschließungen müssen ernst genommen und abgewendet werden – verbunden mit dem Auftrag einer Prüfung, inwieweit auch kurzfristige Maßnahmen zur Soforthilfe erforderlich sind.

## **Mörder türmt aus JVA Rheinbach: Justizminister Kutschaty muss umgehend Stellung nehmen**

Die JVA Rheinbach gilt seit ihrer Modernisierung als eine der sichersten Haftanstalten in Nordrhein-Westfalen. Dass es einem zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Mörder dennoch gelungen ist, mit einem simplen Trick aus der Anstaltsschreinerei zu flüchten,

wirft erhebliche Fragen auf. Eine Gitterbox für Holzabfälle, in der sich der 43-jährige Straftäter offenbar in die Freiheit transportieren ließ, dürfte jedenfalls kein Versteck sein, das von außen nicht einsehbar gewesen wäre. Ist es üblich, dass solche Behältnisse vor dem Verlassen des Anstaltsgeländes nicht überprüft werden? Warum konnte der Mann bislang nicht gefasst werden? Immerhin handelt es sich nicht um einen Eierdieb, sondern um einen hochgefährlichen Kapitalverbrecher. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet, dass Justizminister Kutschatj zu den Umständen dieses unglaublichen Ausbruchs in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses einen umfassenden schriftlichen Bericht vorlegt.

## **SPD behindert aussagekräftiges Qualitätssystem für Pflegeeinrichtungen**

Anfang April hatte der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, einen Vorschlag vorgestellt, den sogenannten „Pflege-TÜV“ neu zu konzeptionieren. Das bisherige System von Pflegenoten hat in der Praxis nicht funktioniert. Das zeigt auch die bundesweite Durchschnittsnote von 1,3. Trotz einer 1 vor dem Komma, sind schon mehrere Heime wegen Mängeln geschlossen worden. Eine Aussagekraft hat ein solch homogener Notenschnitt nicht und bietet somit für die Betroffenen keinerlei Hilfestellung.

Trotz der geringen Aussagekraft, hat die SPD im Bund beschlossen, dennoch an dem System der Pflegenoten festzuhalten. Es ist völlig unverständlich, weshalb sie sich einem neuen System verweigert. Damit wirft sie den Betroffenen Steine in den Weg und behindert ein transparentes und aussagekräftiges Qualitätssystem für Pflegeeinrichtungen.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich weiter dafür ein, einen Pflegequalitätsausschuss einzurichten, der wissenschaftlich überprüfbare Benotungskriterien erarbeiten soll. Nur so kann echte Transparenz für die Betroffenen geschaffen werden. Daher ist es wichtig, dass neben den an der Pflege beteiligten Partnern auch ein unabhängiges Expertenteam aus Wissenschaftlern dem Ausschuss zurarbeitet, wie es im Pflegequalitätsinstitut bereits angedacht ist.